



Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für Erkundungs- und Sanierungsmaßnahmen bei stillgelegten gemeindeeigenen Hausmülldeponien

Zutreffendes bitte ankreuzen.
Eine Antragsbearbeitung setzt die Vollständigkeit der gemachten Angaben voraus.

1. Antragsteller/in

Name und Bezeichnung der
kreisangehörigen Gemeinde

Straße

PLZ, Ort

Landkreis, Regierungsbezirk.....

Ansprechpartner

Telefon

Fax

E-Mail

Gemeindeschlüssel

Kreditinstitut

Konto-Nr.

BLZ



2. Maßnahme (i.d.R **eine** je Antrag ankreuzen)

- 2.1 Detailuntersuchung
- 2.2 Sanierungsuntersuchung
- 2.3 Sanierungsplan
- 2.4 Sanierung, Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen
- 2.5 Sonstige erforderliche Vorkehrungen i.S.d. § 36 Abs. 2 Nr. 2 KrW-/AbfG
ausgenommen Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen.

Art der Maßnahme

Beschreibung der **angekreuzten** Maßnahme: bitte Beiblatt verwenden!

3. Voraussichtlicher Durchführungszeitraum

von (Monat/Jahr) bis (Monat/Jahr)

4. Standort/Lagebeschreibung der Fläche

Bezeichnung

Gemeinde/Ortsteil

Straße

Altlastenkataster-Nummer

Rechtswert
(Flächenmittelpunkt)

Hochwert
(Flächenmittelpunkt)

Flur-Nr(n)., Gemarkung	Eigentümer	von/bis
.....
.....
.....
.....
.....
.....

5. Angaben zur Altablagerung

5.1 Ablagerungszeitraum/Betriebszeitraum

von (Monat/Jahr)	bis (Monat/Jahr)	Betreiber
.....
.....
.....
.....

5.2 Nähere Standortbeschreibung (Art der Verfüllung, Lage: Außenbereich/Innenbereich, Nutzung seit Stilllegung/aktuelle Nutzung, Flächengröße der Ablagerung in m², Grundwasserflurabstand etc.)

ggf. Beiblatt verwenden

5.3 Belastungssituation (bisher nachgewiesene Schadstoffbelastungen im Boden, Sickerwasser, Grundwasser, Oberflächenwasser, Kontrolldräne)

ggf. Beiblatt verwenden

5.4 Art der Abfälle (Handelt es sich um eine Deponie, die nicht ausschließlich für die Ablagerung mineralischer Abfälle genehmigt worden ist?)

ggf. Beiblatt verwenden

6. Art der Hausmülldeponie

- 6.1 Stilllegung vor dem 11.06.1972 Datum der Stilllegung
- Stilllegung nach dem 10.06.1972 Datum der Stilllegung
- Nachsorgephase bereits beendet
- Nachsorgephase noch nicht beendet
- Stilllegungszeitraum nachweislich unbekannt

6.2 Volumen der Deponie (in m³)

7. Zuständigkeit

Für einen eventuellen Erlass von Anordnungen über Erkundungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen ist für das unter Nr. 2 geplante Vorhaben zuständig, die:

7.1 Regierung von

7.2 Kreisverwaltungsbehörde



8. Bereits durchgeführte Maßnahmen

8.1 Art der Maßnahme(n)

- 8.1.1 Historische Erkundung
- 8.1.2 Orientierende Untersuchung
- 8.1.3 Detailuntersuchung
- 8.1.4 Sanierungsuntersuchung
- 8.1.5 Sanierungsplan
- 8.1.6 Sanierung, Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen
- 8.1.7 Sonstige erforderliche Vorkehrungen i.S.d. § 36 Abs. 2 Nr. 2 KrW-/AbfG,
ausgenommen Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen

Art der Maßnahme

8.2 Beschreibung der Maßnahme

ggf. Beiblatt verwenden

durchgeführte Maßnahme	Durchführungszeit von/bis	Gutachten vom/ erstellt durch	anordnende Behörde
.....
.....
.....
.....
.....



8.3 Bereits erhaltene Zuschüsse angeben

ggf. Beiblatt verwenden

9. Kosten- und Finanzierungsplan

9.1 Schätzkosten der Maßnahme nach Nr. 2

A. Fälligkeit:	Jahr	Jahr	Jahr u. folg.	Gesamt
	TEuro brutto	TEuro brutto	TEuro brutto	TEuro brutto
B. Schätzkosten
C. Eigenanteil nach Art. 13a Abs. 4 BayBodSchG

9.2 Finanzielle Beteiligung von Dritten an den Maßnahmen nach Nr. 2

..... Euro brutto

9.2.1 Erläuterungen zum Beteiligungsverhältnis

ggf. Beiblatt verwenden

10. Erklärungen der Antragstellerin

- 10.1 Die Antragstellerin ist pflichtig nach § 4 BBodSchG. Sie verpflichtet sich zur Durchführung der Maßnahmen.
- Die Antragstellerin ist pflichtig nach § 36 Abs. 2 Nr. 2 KrW-/AbfG. Sie verpflichtet sich zur Durchführung der Maßnahmen.
- 10.2 Die Antragstellerin erklärt, dass die Maßnahme nach Nr. 3 noch nicht begonnen ist und dass sie auch nicht vor Abschluss des Zuschussvertrages bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns in Angriff genommen wird.
- 10.3 Die Antragstellerin erklärt, dass es sich um eine Deponie handelt,
- die von ihr in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe der Abfallentsorgung betrieben worden ist,
 - für die weder ein Landkreis noch eine kreisfreie Gemeinde als entsorgungspflichtige Körperschaft im Sinne des Art. 3 Abs. 1 Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz die Inhaberstellung übernommen hat,
 - die nicht ausschließlich für die Ablagerung mineralischer Abfälle genehmigt worden ist und
 - auf der nach dem 30. April 2006 keine Abfälle mehr abgelagert werden.
- 10.4 Die im Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- 10.5 Die Antragstellerin erklärt, dass sie für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug
- berechtigt nicht berechtigt ist.
- 10.6 Die Antragstellerin erklärt, dass sie der Rechtsaufsichtsbehörde einen Abdruck des Antrages übermittelt hat.
- 10.7 Die Antragstellerin erklärt, dass sie für dieses Vorhaben keine Mittel von Dritter Seite erhalten hat. Sie verpflichtet sich, die GAB zu unterrichten, wenn sie künftig Mittel von Dritten erhält.

10.8 Die Antragstellerin erklärt, dass keine vertraglichen Ansprüche gegen Dritte auf Ausgleich einer in Folge der Sanierung eingetretenen Werterhöhung des Grundstücks bestehen.

10.9 Die Antragstellerin erklärt, dass keine vertraglichen Ansprüche gegen Dritte auf Ausgleich der hier zur Förderung beantragten Kosten bestehen.

10.10 Die Antragstellerin erklärt, dass weder ihr noch der zuständigen Behörde (siehe Nr. 11 Anlagen, 4. Tilet) Anhaltspunkte für weitere Verursacher (§ 24 Abs. 2 BBodSchG) vorliegen.

11. Anlagen

Folgende Anlagen sind zur Vollständigkeit des Antrags und zur Bearbeitung zwingend erforderlich:

- Aktueller Auszug aus dem Kataster nach Art. 3 BayBodSchG (Altlastenkataster) oder dem entsprechenden Deponie-Informationssystem beim Landesamt für Umwelt (Detailinformationsausdruck)
- Lageplan mit Flurnummern
- Angaben und Unterlagen zu den ggf. bisher durchgeführten Maßnahmen (z.B. Gutachten, v.a. historische Erkundung und orientierende Untersuchung)
- Nachweis über die alleinige Verantwortlichkeit (durch Anordnung oder Bestätigung der zuständigen Behörde)
- Nachweise zum Betrieb der Deponie durch die Gemeinde sowie Nachweise, dass Hausmüll verfüllt wurde (Behördliche Genehmigungs- und Stilllegungsbescheide, Deponieerfassungsbögen, Hinweise in Amts- und Mitteilungsblättern oder Gemeinderatsbeschlüssen)
- Wenn bereits vorhanden, Kostenschätzung eines Fach- oder Planungsbüros der geplanten Maßnahmen
- Stellungnahmen der Fachbehörden zu den beantragten Maßnahmen



Ort, Datum, Unterschrift

Stand: 01. Juni 2011